Dieses Dokument ist lizenziert für news & numbers GmbH, up61932A.
Alle Rechte vorbehalten. © Süddeutsche Zeitung (SZ). Download vom 20.09.2024 11:38 von genios.genios.de.

Niedrige Zinsen, frohe Börsen

Die US-Notenbank senkt ihre Leitzinsen überraschend deutlich. Manche meinen: Das hilft nur Aktionären.

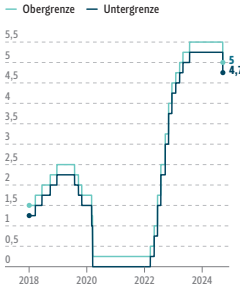
Von Victor Gojdka und Markus Zydra

Frankfurt/Berlin – Die US-amerikanische Notenbank Federal Reserve hat den Leitzins um 0,5 Prozentpunkte reduziert. Das kam für viele Beobachter überraschend, denn in normalen Zeiten verändern die US-Währungshüter den Zins um 0,25 Prozentpunkte. Antworten auf die wichtigsten Fragen.

Warum hat die US-Notenbank den Leitzins gesenkt?
Für die Fed ist der Kampf gegen die hohen Verbraucherpreise ein Balanceakt. Liegen die Zinsen zu hoch, besteht die Gefahr einer Rezession. Senkt sie die Zinsen zu früh, könnte die Inflationsrate wieder ansteigen. Nun liegt der Leitzins in einer Spanne von 4,75 bis 5,00 Prozent. Die Fed verwies in ihrer Entscheidung auf den angespannten Arbeitsmarkt. Man wolle „maximale Beschäftigung" erreichen.

Jetzt geht's wieder abwärts

US-Leitzinsen, Zielspanne der Notenbank FED, in %



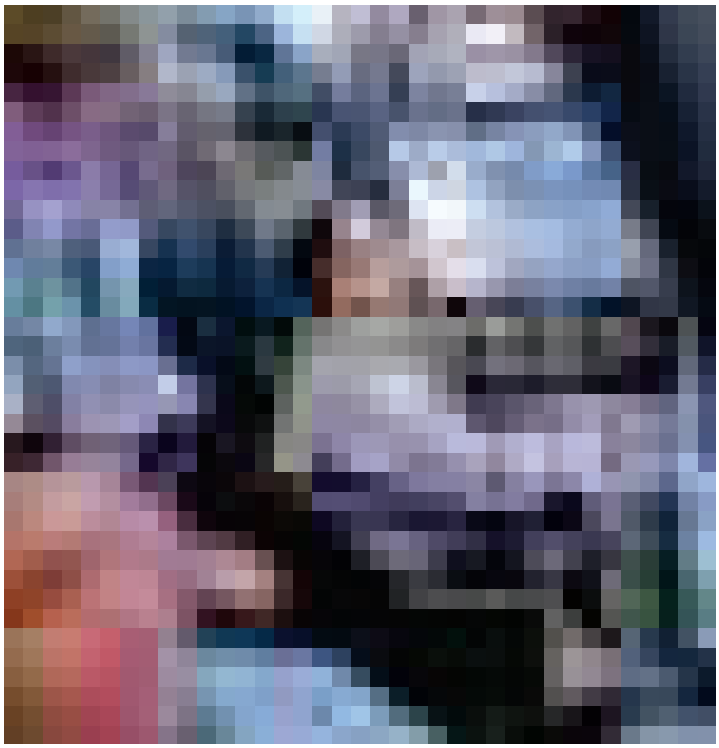
SZ-Grafik: amon; Quelle: Bloomberg

Wird es weitere Zinssenkungen geben?
Man solle nicht davon ausgehen, dass es in diesem Tempo weitergehe, sagte Fed-Chef Powell. Gleichzeitig gab er Signale, dass der Leitzins in diesem Jahr noch um weitere 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden könnte, es sei denn, die Inflation zieht wieder an. Die Inflation lag im August bei 2,5 Prozent. Die US-Wirtschaft legte im zweiten Quartal um drei Prozent zu. Die Arbeitslosenrate stieg allerdings über vier Prozent. Das ist der höchste Stand seit drei Jahren.

Was sagen Kritiker zur Zinswende?
Einige sagen, der große Zinsschritt deute darauf hin, dass die Fed bereits früher die Zinsen hätte absenken müssen – um 0,25 Prozentpunkte – und diesen Fehler jetzt ausbügeln möchte. Andere wiederum meinen, dass die Fed große Angst vor einer Rezession habe, weil sie den Leitzins so abrupt reduziere wie zuletzt 2020 zu Beginn der Corona-Pandemie.

Wie reagieren die Börsen auf die Zinssenkung der Fed?
Erst mussten sie die Nachrichten offenbar verdauen: Am Mittwochabend ging es mit den US-Leitindizes zunächst rauf, dann wieder etwas runter. Spätestens mit US-Handelseröffnung am Donnerstag reagierten die Märkte aber genau wie es die Daumenregel besagt: Zinsen runter, Aktienkurse rauf. Der US-Leitindex S&P 500 legte um 1,6 Prozent zu, der technologieorientierte Nasdaq Composite stieg um 2,3 Prozent.

Warum steigen Aktien oft, wenn die Zinsen fallen?
Dafür gibt es zwei gute Gründe. Wenn die Leitzinsen sinken, werden nicht nur Kredite für Verbraucher und Unternehmen günstiger, auch Zinsanlagen wie Festgeldkonten oder Anleihen bringen dann weniger Erträge.



Die Regel lautet: Zinsen runter, Aktienmärkte rauf. Hier Händler an der New Yorker Börse. FOTO: ANDREW KELLY/REUTERS

In der Konsequenz scheinen Aktien am Kapitalmarkt einerseits heller, weil sie weniger Konkurrenz haben – und die Realwirtschaft mit niedrigeren Zinsen andererseits etwas aufatmen kann. „Das ist genau das, was sich der Markt zuletzt gewünscht hatte", sagt Benjamin Bente von der Anlagegesellschaft Vates Invest.

Warum steigt auch der deutsche Leitindex Dax auf einen neuen Rekordstand?
Der deutsche Leitindex ist im engeren Sinne längst nicht mehr deutsch. Laut Deutscher Bank kommen gerade einmal 18 Prozent der Umsätze im Dax aus dem eigenen Land, 22 Prozent ihres Geschäfts machen die Firmen hingegen in den Vereinigten Staaten. Noch entscheidender ist, dass die Kapitalmärkte längst global vernetzt sind: Laut Datenanbieter S&P Global liegen inzwischen 39 Prozent des deutschen Leitindex Dax in den Händen nordamerikanischer Investoren. Verändert die dortige Notenbank die Zinsen, passen die Investoren ihre gesamten Portfolios an.

Hatten die Börsen diesen Zinsschritt nicht schon vorhergesehen?
In der Tat. Am Tag vor dem Leitzinsentscheid glaubten die Anleger zu mehr als 70 Prozent an die doppelte Zinssenkung auf einen Schlag. Allerdings gab es in den Details des Notenbank-Statements eine Überraschung: Im Mittel glauben die US-Geldhüter nun, dass die Leitzinsen bis Ende kommenden Jahres deutlicher sinken dürften als zuvor prognostiziert. Hatten die Fed-Notenbanker bislang einen Leitzins von 4,1 Prozent am Ende des Jahres 2025 vorhergesehen, rechnen sie in ihren Projektionen jetzt nur noch mit 3,4 Prozent. Ein gewaltiger Unterschied, der den Aktienbörsen Anlass zu neuerlichen Kursgewinnen war.

Sind Kursgewinne in den kommenden Monaten also ein Selbstläufer?
Leider nein. Das kommt entscheidend darauf an, ob die US-Wirtschaft eine Rezession vermeiden kann. Konnten Zinssenkungen in der US-Geschichte eine Rezession nicht abwenden, sank der US-Leitindex S&P 500 in den zwölf Monaten nach der ersten Zinssenkung um 15 Prozent. Kam nach der Zinssenkung allerdings keine Rezession, stiegen die Kurse im Durchschnitt um zehn Prozent. Die Kernfrage wird also sein, ob die Notenbank mit dem üppigen Zinsschritt ihrer Zeit voraus ist – oder am Ende doch zu spät kommt.

Fakt ist jedoch, dass die Anlegerinnen und Anleger bereits jetzt große Zukunftshoffnung hegen: Im S&P 500 rechnen sie für kommendes Jahr damit, dass die Gewinne der Unternehmen um 15 Prozent steigen. Im aktuellen Jahr brachten vor allem die großen sieben Techgiganten üppige Gewinne, die jedoch abflauen. „Die restlichen 493 Firmen des S&P500 müssen nun mächtig zulegen", sagt Kapitalmarktstratege Manfred Schlumberger von der Fürstlich Castell'schen Bank.

Was bedeutet die Zinssenkung für die EZB?
Fed-Chef Powell kurbelt die US-Wirtschaft an, weil sie schwächelt. Eine schwache US-Wirtschaft betrifft auch Europa, wo die Wirtschaftslage noch schlechter ist. Die EZB hat also mehr Argumente dafür, die Leitzinsen weiter zu senken, wenn die Inflation unter Kontrolle bleibt. Die EZB beschloss vergangene Woche ihre zweite Leitzinssenkung in diesem Jahr auf jetzt 3,5 Prozent.

Wie beeinflusst die Zinssenkung den US-Wahlkampf?
Die hohe Inflation hatte Bidens Präsidentschaft überschattet. Ex-Präsident Donald Trump warf der Fed vor, mit Zinssenkungen vor der Wahl die Stimmung zugunsten der aktuellen Regierung des demokratischen Präsidenten Joe Biden verbessern zu wollen. Zu dem Zinsentscheid sagte Trump: „Ich denke, es zeigt, dass die Wirtschaft sehr schlecht ist, wenn man (die Zinsen) so deutlich senkt." US-Präsident Biden bewertete die Lage anders: „Die Inflation und die Zinssätze sinken, während die Wirtschaft stark bleibt."

Orcels Pokerspiel

Plötzlich hat es Unicredit-Chef gar nicht mehr so eilig mit der Übernahme der Commerzbank.

Frankfurt – Vergangene Woche noch konnte es Unicredit-Chef Andrea Orcel scheinbar gar nicht schnell genug gehen. Da hatte die Unicredit gerade erst vermeldet, man habe neun Prozent an der Commerzbank übernommen, da erwähnte man schon, auch gleich die nötigen Genehmigungen der Bankenaufsicht für eine weitere Erhöhung der Anteile einholen zu wollen. Es folgten zwei Interviews, in denen der frühere Investmentbanker für eine Übernahme der Commerzbank warb. Eine „Zusammenführung" beider Banken könnte zu einem erheblichen Mehrwert für alle Stakeholder führen, sagte er zum Beispiel dem *Handelsblatt*.

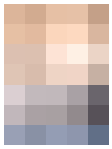
Seither aber erhitzt Orcels Vorstoß viele Gemüter am Finanzplatz Frankfurt, ebenso wie in Berlin – schließlich könnte die Commerzbank mehr als 150 Jahre nach ihrer Gründung die Unabhängigkeit verlieren. In der Bundesregierung werteten einige das Vorgehen Orcels als „feindliches Heranschleichen". Es habe auch gegenüber der Bankenaufsicht keine Vorwarnung gegeben.

Vielleicht ist das der Grund, warum Orcel nun offenbar auf Zeit spielt. Man habe keine Eile, den Anteil an der Commerzbank auf mehr als die bereits erworbenen neun Prozent auszubauen, sagte er der italienischen Zeitung Il Messaggero. Der Bund habe die Aktien an die italienische Bank verkauft, weil er sie für eine verlässliche und geeignete Investorin halte, behauptete Orcel. Man werde die übrigen vom Bund gehaltenen Aktien nur kaufen, wenn sich die Bundesregierung zu einem Verkauf entschließe und wenn Unicredit willkommen sei. Unicredit hatte vergangene Woche zugeschlagen, und im Rahmen einer Blockplatzierung 4,5 Prozent der Commerzbank-Aktien des Bundes übernommen und zuvor bereits 4,5 Prozent über den Markt gekauft. Der Staat hält noch 12 Prozent an der Commerzbank.

Vielleicht will Orcel auch nur Druck auf die Bundesregierung ausüben

Der *FAZ* sagte Orcel, man könne die Commerzbank-Aktien auch wieder abstoßen. Die Bank habe in diesem Jahr im Dialog mit Interessengruppen, inklusive der Bundesregierung, gestanden. „Wenn wir der Meinung gewesen wären, dass wir nicht willkommen sind – ob es heute so ist, bleibt abzuwarten – dann hätten wir diesen Ansatz nicht verfolgt".

Bemerkenswert: Orcel schloss zugleich ein öffentliches Übernahmeangebot für die Commerzbank aus. Das wäre ein zu aggressiver Schritt, sagte Orcel. Wobei unklar blieb, wie Orcel die Commerzbank übernehmen will, ohne den übrigen Aktionären ein Pflichtangebot zu unterbreiten. Schließlich ergeben seine Pläne laut Beobachtern nur Sinn, wenn er quasi durchregieren kann in Frankfurt. Zugleich sind Investoren verpflichtet, den übrigen Aktionären ein höheres Angebot zu machen, sobald sie 30 Prozent halten oder die Zielgesellschaft anderweitig kontrollieren. Sich um ein Angebot zu drücken, kann teuer werden, wie die Deutsche Bank unlängst erfahren durfte: Fünfzehn Jahre nach der Übernahme der Postbank muss sie früheren Aktionären gut eine Milliarde Euro nachzahlen. Zugleich ist es riskant, ein Übernahmeangebot auszuschließen, wenn man es nachweislich plant. So etwas könnte als Marktmanipulation gewertet werden. Der „Markt" schien die Aussage ernst zu nehmen: Die Commerzbank-Aktie gab am Donnerstag nach.



Der Italiener Andrea Orcel, 61, steht seit drei Jahren an der Spitze der italienischen Großbank Unicredit. In seiner Karriere hat er diverse Fusionen und Übernahmen abgewickelt. FOTO: REUTERS

Vielleicht aber will Orcel auch Druck ausüben auf die Bundesregierung, zu erläutern, warum sie nicht verkaufen möchte, vermuten Beobachter. Die Frage wäre dann nur, ob die Bundesregierung ihre Beweggründe offenlegen kann, ohne Ärger mit Italien zu riskieren. Allen voran die FDP dürfte gegen eine Vergemeinschaftung der Risiken sein, die mit einer europäischen Großbankenkonsolidierung zwangsläufig einhergehen. Die Unicredit hält immer noch 40 Milliarden Euro italienische Staatsanleihen in den Büchern– ein Klumpenrisiko, sollte es in Europa wieder zu einer Schuldenkrise kommen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) äußerte sich am Donnerstag erst einmal positiv. „Wir brauchen ein starkes Bankenwesen in Deutschland", sagte er bei einem Pressetermin auf die Frage nach der Zukunft der Commerzbank. Wenn man die Herausforderungen wie die Finanzierung des Windkraft-Ausbaus sehe, dann sei der Kapitalmarkt in Europa und auch in Deutschland nicht „tief genug". „Selbst die großen deutschen und europäischen Banken sind klein im Vergleich zu internationalen Playern".

Zumindest für seine Einschätzung der Commerzbank-Bilanz hat Orcel gute Zugänge. Seit Frühjahr gehört Marcus Chromik, der frühere Risikovorstand der Commerzbank, dem Aufsichtsrat der Unicredit an. Nur wenige Monate nach seinem Ausscheiden bei der Commerzbank wechselte er nach Italien – was sicherlich kein reiner Zufall gewesen sein dürfte. Weder Unicredit noch die Commerzbank wollten sich dazu äußern. **Meike Schreiber**

Die Hoffnung kommt aus China

Offenbar hat der chinesische Autobauer Nio Interesse, das Brüsseler Audi-Werk zu übernehmen. So könnte der Hersteller Ausgleichszölle der EU auf Elektroautos aus China vermeiden.

Brüssel/München – Die deutsche Autoindustrie hat gerade viele schlechte Nachrichten zu verkraften, aber diese ist von besonderer Symbolik: Der chinesische Autobauer Nio will offenbar das Brüsseler Audi-Werk übernehmen. Der deutsche Konzern glaubt, in Brüssel seine E-Autos nicht mehr profitabel produzieren zu können – an seine Stelle treten könnte nun ein chinesischer Rivale, der den europäischen Markt mit E-Autos erobern will. Das ist auch ein harter Schlag für die Europäische Union, die gerade viel darüber redet, wie sie die industrielle Zukunft Europas verteidigen kann – vor allem gegen die chinesische Bedrohung.

Offiziell bestätigt hat Audi das Interesse von Nio am Brüsseler Werk nicht. Doch aus Unternehmenskreisen ist zu hören, dass die Meldungen stimmen, eine Delegation des chinesischen Autobauers habe das Werk bereits besucht. In belgischen Medien hieß es, bereits am kommenden Montag wolle Nio ein offizielles Angebot hinterlegen. Wobei bei Audi auch zu hören ist: Nio sei längst nicht der einzige Interessent, es meldeten sich laufend mehr Unternehmen, die das Werk möglicherweise übernehmen wollen, vor allem Firmen aus China.

Die Stimmung im Werk: zwischen Wut und Depression

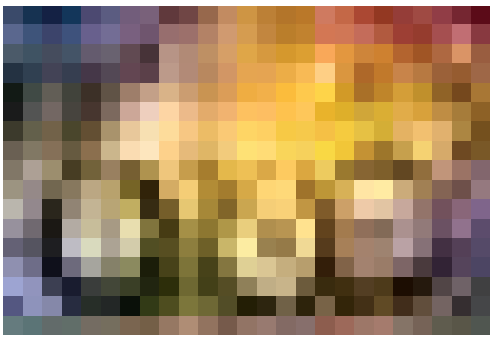
Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Die EU will die europäische Autoindustrie mit Zöllen von bis zu 36,3 Prozent vor der Konkurrenz aus China schützen. Nach wie vor gibt es Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung. Der für Handelsfragen zuständige EU-Kommissar Valdis Dombrovskis empfing deshalb an diesem Donnerstag den chinesischen Handelsminister Wang Wentao, der tags zuvor den deutschen Wirtschaftsminister Robert Habeck getroffen hatte. Der Chinese versicherte vor Beginn der Gespräche in Brüssel, er werde „bis zur letzten Minute" um eine Beilegung des Konflikts kämpfen. Über konkrete Ergebnisse wurde zunächst nichts bekannt.

Endgültige Zölle für aus China nach Europa importierte Elektroautos dürften – wenn es keine Verhandlungslösung gibt – noch in diesem Jahr in Kraft treten. Um diese zu umgehen, versuchen die chinesischen Hersteller, so schnell wie möglich eine eigene Produktion in Europa aufzubauen. BYD macht das zum Beispiel in Ungarn, Chery in Spanien, Leapmotor baut in Kooperation mit Stellantis bereits Elektroautos in Polen.

Ein chinesischer Hersteller würde das Werk in Brüssel allerdings vermutlich als sogenannte CKD-Fertigung nutzen. *Completely knocked down*: Das bedeutet, dass aus Einzelteilen, die aus China geliefert werden, in Brüssel die Autos zusammengesetzt werden. Es wäre also nur ein Endmontage-Werk, der größte Teil der Produktion fände weiterhin in China statt.

Das ist auch deshalb nötig, weil auf dem Gelände im Brüsseler Stadtteil Forest zu wenig Platz für ein eigenes Presswerk ist – ein Umstand, der auch für Audi ein Problem ist. Zudem gibt es kaum Zulieferer in der näheren Umgebung. Die Ausgleichszölle der EU würden die Chinesen mit dem Standort Brüssel trotzdem umgehen, denn dafür würde eine CKD-Fertigung ausreichen. Günstiger wäre eine solche Lösung für chinesische Hersteller allemal, als eine komplett neue Fabrik auf der grünen Wiese zu bauen. Und sie wäre auch schneller umsetzbar. Der Premiumautobauer Nio hat bisher noch keine konkreten Pläne für eine europäische Fertigung bekanntgegeben. Anders als die meisten chinesischen Hersteller tritt Nio mit seinen Modellen im Preissegment von Mercedes, BMW und Audi an. Bislang läuft es allerdings eher schlecht für Nio. In Deutschland hat das Unternehmen im August gerade einmal 35 Autos verkauft, im laufenden Jahr waren es bis Ende August erst 301.

Die Stimmung bei den knapp 3000 Beschäftigten von Audi in Brüssel schwankt zwischen Wut und Depression. Aus Zeichen des Protests wurden zuletzt vor den Werkstoren Autoreifen zu einem Audi-Symbol formiert und verbrannt. Angeblich wurden auch die Schlüssel von fertig produzierten Autos gestohlen, um deren Auslieferung zu verhindern.



Protest vor den Werkstoren in Brüssel: Beschäftigte formierten Autoreifen zum Audi-Symbol und zündeten sie an. FOTO: JONAS ROOSENS/AFP

Am Montag dieser Woche mobilisierten die Gewerkschaften mehr als 10 000 Menschen, die in Brüssel für die Zukunft von Audi und der europäischen Autoindustrie demonstrierten. Hinterher räumten sie allerdings ein, kaum jemand der Beschäftigten habe noch Lust, um die Arbeitsplätze bei Audi zu kämpfen – man solle nun schleunigst dazu übergehen, über Sozialpläne zu verhandeln, obwohl die Produktion nach wochenlanger Pause langsam wieder hochgefahren wurde. Die Erklärung des Mutterkonzerns VW, dem Werk in Brüssel kein einziges Modell mehr zur Produktion zuweisen zu wollen, hat alle Hoffnungen zunichtegemacht.

An diesem Mittwoch besuchten sozialistische und kommunistische Parlamentsabgeordnete das Werk und forderten die Audi-Führung auf, sich einer Anhörung im Parlament zu stellen. Die Abgeordneten wollen Auskunft über die Unternehmensstrategie – vor allem zur Frage, warum Audi in Brüssel den kapitalen Fehler begangen habe, allein auf das Elektro-Spitzenmodell *Q8 e-tron* zu setzen, für das es nun offenbar keinen Markt mehr in Europa gibt. Die Audi-Leute, so hieß es hinterher, weigerten sich allerdings kategorisch, im belgischen Parlament aufzutreten.

Ein belgischer Parlamentsabgeordneter schilderte die Audi-Manager am Mittwoch vor Journalisten als „kalte Menschen, die gefangen sind in ihrer ökonomischen Logik". Für den Ruf des Unternehmens in Belgien wäre es hilfreich, wenn sich ein Käufer für das Werk finden würde. Wie viele Arbeitsplätze in Brüssel erhalten bleiben würden, das kann noch niemand abschätzen. **Josef Kelnberger, Christina Kunkel**

Die **schönsten Geschenke** kommen von **Herzen** – und aus dem **SZ Shop.**
Lassen Sie sich inspirieren unter **sz-shop.de**
Süddeutsche Zeitung

Verschiedenes

Unterwäsche aus Merinowolle
direkt vom dt. Hersteller
www.HERMKO.de

ARMUT: SCHAU NICHT WEG! JUGENDROTKREUZ
*Gemeinsam aktiv gegen Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Schau hin:
www.schaunichtweg.de

Bekanntmachungen

Sozialgericht Stade
52. Kammer
Der Geschäftsstelle

21682 Stade, den 18.09.2024

S 52 BA 9/24

Verfügung
Sozialgericht Stade
Beschluss

S 52 BA 9/24
In dem Rechtsstreit Maik Arne Schirmbar, Sahlweg 6, 27476 Cuxhaven,
Prozessbevollmächtigter: Meic Barth, Weserstraße 22, 27572 Bremerhaven
gegen
Deutsche Rentenversicherung Braunschweig-Hannover, vertreten durch die Geschäftsführung, Lange Weihe 6, 30880 Laatzen,
hat die 52. Kammer des Sozialgerichts Stade am 17. September 2024 durch den Vorsitzenden Richter am Sozialgericht Bornholdt beschlossen:
Es wird angeordnet, dass nur solche Personen zu diesem Rechtsstreit beigeladen werden, die dies bis zum 31. Januar 2025 beantragen.
Anträge auf Beiladung zum Verfahren sind bis spätestens 31. Januar 2025 beim Sozialgericht Stade, Am Sande 4a, 21682 Stade einzureichen.
Gründe:
Gegenstand des Rechtsstreits ist eine Nachforderung von Gesamtsozialversicherungsbeiträgen aufgrund einer Betriebsprüfung. Der Kläger wendet sich gegen die Nachforderung von Sozialversicherungsbeiträgen in der Zeit vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2022. Da mehr als 20 Arbeitnehmer, Krankenkassen, Pflegekassen und die Bundesagentur für Arbeit von der notwendigen Beiladung erfasst wären, werden gemäß § 75 Abs. 2 a Sozialgerichtsgesetz (SGG) nur solche Personen beigeladen, die dies binnen obiger Frist beantragen.
Der Beschluss ist unanfechtbar, § 75 Abs. 2a Satz 2 SGG
Bornholdt

DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de